

Referat/Amt:	Bearbeitet von:	Tel.Nr.:
OBM/13-3/SCI	Christiane Eckert	0 91 31 / 86-2233
OBM/13-3/DKI	Katrin Dürrbeck	0 91 31 / 86-2169

**Bürgerversammlung für das Versammlungsgebiet
„Gesamtstadt“ am 18. November 2004;
hier: Abschlussbericht**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öff.	nöff.	Gutachten	Beschluss	Abstimmungsergebnis		
						ein- stimmig	für	gegen
HFPA	07.12.2005	MzK						

Beteiligungen

Finanzielle Konsequenzen; Angaben über dauerhafte Haushaltsbelastungen, z.B. Investitionsfolgekosten (Unterhalt, Personalkosten u.ä.) sind verpflichtend!

keine

**Mitteilung zur Kenntnis des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses
am 07.12.2005**

Der Abschlussbericht des Büros für aktive Bürgerinnen und Bürger wird zur Kenntnis genommen, **die Anliegen aus der Bürgerversammlung am 18. November 2004 sind damit behandelt.**

HFPA Vorsitzende/-r:

Berichterstatter/-in:

Gez. Dr. Balleis

Gez. Schmitt

II. Sachbericht

Am 18. November 2004 wurde für das Versammlungsgebiet „Gesamtstadt“ eine Bürgerversammlung durchgeführt. Nachfolgend die Bearbeitung der vorgetragenen Anliegen:

**Bürgerversammlung für das Versammlungsgebiet „Gesamtstadt“
am 18. November 2004; Abschlussbericht**

Anliegen	Bearbeitung	Antwort
<p>Frau Sylke Stricker, ZSL e. V., Luitpoldstraße 42, 91052 Erlangen, Tel. 205022, bezieht sich auf drei Gaststätten im Bereich des Schlossplatzes, welche umgebaut worden und nur über Stufen zu erreichen sind. Rollstuhlfahrer haben keine Möglichkeit hinzuzugelangen. Sie möchte wissen, inwieweit das Gewerbeamt überprüft hat, dass das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz bzw. das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz eingehalten wurde. Es gibt z. B. auch keine einzige Gaststätte mit einer behindertengerechten Toilette. Sie schlägt vor, dass die Bauherren bei einem Bauantrag eine Merkblatt über die Gesetze erhalten oder dass mobile Rampen ihre Anwendung finden. Auch bemängelt sie, dass bei der Neugestaltung des Bereiches Wasserturmstraße/Hauptstraße versäumt wurde evtl. die Stufen zu einzelnen Geschäften auszugleichen. Sie bittet darum, die weiteren Neugestaltungen behindertengerecht durchzuführen. Hier nennt Frau Stricker das Beispiel Behinderparkplätze vor dem Redoutensaal. Es sind zwar zwei vorhanden, jedoch ist der Bordstein nicht abgesenkt. Eine Zusammenarbeit bei der Neugestaltung mit dem ZSL e. V. und dem Behindertenberater wären hier vorteilhaft. Ref. VI erklärt, dass Merkblätter bereits ausliegen und Überprüfungen nicht immer stattfinden, da die Bauherren mehr Eigenverantwortlichkeit übernehmen müssen. Hinsichtlich der Rampen wird mitgeteilt, dass besonders bei Altbauten Rampen nicht immer technisch realisierbar sind. Ref. VI schlägt vor, telefonisch in Kontakt zu treten, um Frau Stricker spezieller informieren zu können. OBM bittet Herrn Beugel, zukünftig über den Gaststättenverband darauf hinzuweisen, dass bei große-</p>	<p>Das Anliegen und der Leserbrief vom 18. Dezember 2004 wurden im SGA am 02. Februar 2005 behandelt. Der Gaststättenverband wurde durch Herrn Beugel mit Schreiben vom 16. Dezember 2004 informiert.</p>	<p>Kontaktaufnahme erfolgte durch das Referat für Stadtplanung und Bauwesen.</p>

<p>ren Umbauten von Gaststätten die behindertengerecht Ausstattung (Toilette, Rampe) erfolgt.</p>		
<p><u>Frau Isa Paape, Sozialforum Erlangen, Nägelsbachstraße 53, 91052 Erlangen, Tel. 404671</u>, übergibt OBM eine Unterschriftenliste bzgl. der bevorstehenden Durchführung von Hartz IV. Frau Paape fordert, dass folgende vier Punkte eingehalten werden: 1. Es soll keine 1 – 2-Euro-Jobs bei der Stadt Erlangen geben. 2. Es dürfen keine Zwangsumsiedlungen durchgeführt werden. 3. Die Stadt Erlangen muss die Krankenversicherungskosten von ALG II-Empfängern übernehmen, da diese aus der gesetzl. Krankenversicherung herausfallen. 4. Die Stelle des Sozialermittlers soll abgeschafft werden und eine Beratungsstelle für von Hartz IV betroffenen Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden.</p>	<p><u>Frau Dr. Preuß</u> nimmt hierzu wie folgt Stellung: 1. Es wird 1 – 2-Euro-Jobs in der Stadt Erlangen geben. 2. Es werden keine Zwangsumsiedlungen stattfinden. 3. ALG II-Empfänger fallen nicht aus den gesetzl. Krankenversicherung und Rentenversicherung heraus und 4. die Stelle des Sozialermittler wird nicht umgewandelt, da der Mitarbeiter wertvolle Arbeit leistet.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch Frau Dr. Preuß in der Bürgerversammlung.</p>
<p><u>Frau Johanna Stengel, Marquardsenstraße 23, 91054 Erlangen, Tel. 09134/995743</u>, beschwert sich über das Werbeplakat und den Werbeflyer für die Ausstellung in der städt. Galerie „Überblicke II – Zwischen Malerei und Fotografie“ auf der eine nackte Frau (im Kopfstand) und ein bekleideter Mann zu sehen sind. Frau Stengel spricht sich vehement gegen die Veröffentlichung aus. In Räumen kann so etwas gezeigt werden. Frau Stengel erklärt, dass mit diesem Plakat die Würde der Frau sehr angetastet wird.</p>	<p><u>OBM und Herr Rossmeißl</u> nehmen Stellung und berufen sich auf Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes in dem die Freiheit von Kunst garantiert wird. <u>OBM</u> regt eine Diskussion zum Thema im zuständigen Fachausschuss an.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch Herrn Rossmeißl und OBM in der Bürgerversammlung.</p>
<p><u>Herr Winfried Gerum, Buchfinkstraße 1, 91056 Erlangen, Tel. 09135/6648</u>, möchte, dass das Hallenbad Frankenhof nicht geschlossen wird, ohne dass eine Nachfolgenutzung erfolgt. Ob eine Schließung überhaupt notwendig ist, kann er leider nicht beurteilen, da er keine Zahlen hat. Er vermutet, dass das große Defizit hauptsächlich durch zu hohe Personalkosten verursacht wurde, weshalb er sich auch eine evtl. Fortführung durch Ehrenamtliche (BI „Besorgte Bürger“) vorstellen könnte. Herr Gerum spricht sich auch für ein Spaßbad aus. Allerdings</p>	<p><u>BM</u> erklärt hierzu, dass zum einen ab 2006 jährlich 1 Mio. Euro investiert werden müssten und zum anderen die Parksituation beim Hallenbad sehr schwierig ist. Besucherzahlen aber auch Klassenbesuche gehen deutlich zurück. Das tatsächliche Ergebnis ist noch unklar, da ein Antrag für ein Bürgerbegehren zu diesem Thema vorliegt, welches zulässig ist. Eine ehrenamtliche Fortführung wäre eine gute Möglichkeit, aber auch bei dieser Variante müssten Zuschüsse erfolgen. Es soll beim Röthelheimbad kein Spaßbad entstehen, sondern einen Erholungs-, Gesundheits- und Erlebnisbereich. Es sollen erst Angebote eingeholt werden und außerdem muss erst noch das Ergebnis des Bürgerentscheids am 23.01.05 abgewartet werden. <u>Herr Beugel</u> teilt mit, dass das Areal den Stadtwerken gehört. Eine Überlegung wäre z. B. eine Wohnbe-</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch BM und Herrn Beugel in der Bürgerversammlung.</p>

<p>sollten die privaten Betreiber keine öffentlichen Zuschüsse erhalten. <u>OBM</u> nimmt hierzu wie folgt Stellung: In den vergangenen Jahren sind die Benutzerzahlen dramatisch zurückgegangen. Die Kosten sind geblieben und die Einnahmen sind gesunken. Das Hallenbad Frankenhof verursacht im Jahr ein Defizit von ca. 1 Mio. Euro. Der Aufsichtsrat der ESTW (Eigentümer Frankenhof-Hallenbad) hat den Beschluss gefasst, das Hallenbad zu schließen. Es soll allerdings bis 2006 geöffnet bleiben, bis das erweiterte Projekt Röthelheimbad realisiert ist.</p>	<p>bauung. Eine Nachfolgenutzung für ein Hallenbad ist schlecht umzusetzen. Im allg. ist zu sagen, dass Bäder grundsätzlich Defizitgeschäfte sind und immer bezuschusst werden müssen. Er bedauert, dass durch die BI eine Blockade bei der Ausschreibung für das Röthelheimbad zustande kommt. Es wäre möglich im Jahr 2007 ein neues 25 m Hallenbecken zu errichten. Die Unterschriften, welche geleistet wurden, wurden unter falschen Informationen geleistet.</p>	
<p>a) <u>Frau Johanna Stengel, Marquardsenstraße 23, 91054 Erlangen, Tel. 09134/995743</u>, geht regelmäßig und gerne mit behinderten Menschen im Hallenbad schwimmen. Es wäre ein großer Verlust, wenn das Bad geschlossen wird. Es soll ein Ideenwettbewerb ins Leben gerufen werden, was die Leute im Hallenbad haben möchten.</p> <p>b) <u>Frau Sylke Stricker, ZSL e. V., Luitpoldstraße 42, 91052 Erlangen, Tel. 205022</u>, bedauert die Schließung sehr, da das Hallenbad das einzige Bad in Erlangen ist, welches komplett barrierefrei ist und sogar einen Lift ins Becken hat. Es soll bei zukünftigen Investitionen auf Barrierefreiheit und eine behindertengerechte Gestaltung, vor allem den Lift ins Becken, geachtet werden. <u>OBM</u> erklärt, dass der Vorschlag von Frau Stricker auf jeden Fall bei den Investitionen dabei sein sollte.</p> <p>c) <u>Herr Dr. Ing. Karl Peter Frohmader, Stiftungsstraße 10 a, 91056 Erlangen</u>, möchte wissen, wie die zukünftige Preisgestaltung bei der Hannah-Stockbauer-Halle aussieht. Muss man die zusätzlichen Serviceleistung gleich mit dem gesamten Eintrittspreis bezahlen oder gibt es die Möglichkeit sozialverträgliche Preise und evtl. dann einen Aufschlag für die Serviceleistungen zu verlangen?</p> <p>d) <u>Herr Rudolf Kunstmann, Bürgerinitiative „Besorgte Bürger“, Koldestraße 8b, 91052 Erlangen, Tel.</u></p>	<p><u>BM</u> erklärt zur Bädersituation folgendes: Der Rückgang der Besucherzahlen fing schon Anfang der 90er, auch aufgrund der Parksituation, an. Es wird zugesichert, dass darauf geachtet wird, alles barrierefrei zu gestalten. Auch wurde bereits im Stadtrat ein Beschluss gefasst, dass alle öffentlichen Gebäude in Zukunft barrierefrei gebaut werden müssen. Personen, Vereine und Schulen, die nur schwimmen möchten, sei es in der Hannah-Stockbauer-Halle oder in einem neuen Becken, werden es in Zukunft auch zu herkömmlichen Preisen tun können. Personen, die den Bereich Erholung oder Wellness besuchen möchten, müssen nur hierfür mehr bezahlen. <u>BM</u> stimmt Herrn Beugel zu, dass die Unterschriften unter falschen Tatsachen geleistet wurden, da behauptet worden sei, dass das Freibad West geschlossen werden soll. <u>BM</u> zählt die Investitionen für das Freibad West in den vergangenen und zukünftigen Jahren auf. Deswegen wird es nicht geschlossen werden. Auch soll das Freibad West nicht privatisiert werden. Es bleibt außen vor. Es werden die Defizitzahlen berichtigt, welche Herr Kunstmann in den Raum gestellt hat.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch <u>BM</u> und Herrn Beugel in der Bürgerversammlung.</p>

<p><u>304371</u>, erklärt, dass die BI Ersatzflächen fordert, wie z. B. ein 25 m Hallenhubbecken neben der Hannah-Stockbauer-Halle, da dies viel schneller gebaut werden kann als ein Spaßbad. Er bezieht sich auf das unnötige Gutachten und darauf, dass auf die Alternative der BI nicht eingegangen wird. Die Alternative sieht die Erhaltung des Röthelheimbades vor und dazu ein 25 m Hallenhubbecken anzubauen und evtl. eine Sauna oder ein Fitnessstudio daneben von einem privaten Betreiber gebaut werden können. Herr Kunstmann weist den Vorwurf, dass die Unterschriften unter falschen Tatsachen geleistet wurden zurück. Die Stadt Erlangen wollte einen Beschluss fassen, dass private Investoren pro Jahr 1,2 Mio. bekommen sollten. Das Defizit des Röthelheimbades lag bisher nur bei 550.000 Euro.</p>		
<p><u>Herr Dr. Ing. Karl Peter Frohmader, Stiftungsstraße 10 a, 91056 Erlangen</u>, möchte wissen, ob die sozialverträglichen Preise für mehr als 15 oder 20 Jahre bei einer PPP garantiert werden können.</p>	<p>BM erklärte, dass bei der ersten Ausschreibung zehn Jahre genannt sind, dieser Zeitraum jedoch noch diskutiert wird. Es ist Ziel der Stadt, die Hannah-Stockbauer-Halle weiterhin für alle Bürgerschichten zugänglich zu machen.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch BM in der Bürgerversammlung.</p>
<p><u>Herr Dr. Ing. Karl Peter Frohmader, Stiftungsstraße 10 a, 91056 Erlangen</u>, möchte, dass der Stadtratsbeschluss, in dem die Stelle in Amt 31 für Klimaschutz und Energiefragen gestrichen wurde, nochmals neu aufgelegt wird, mit dem Ziel, eine andere Entscheidung zu erreichen. Das Gleiche gilt auch für die vier Stellen in der Verkehrsüberwachung. Außerdem möchte er eine Kostenaufstellung sehen, wie viel Geld durch Verwarnungen, Bußgelder und Parkgebühren eingenommen wird und wie hoch die Kosten für das Personal sind. <u>Frau Wüstner</u> erklärt, dass die Stelle im Umweltamt im Stellenplan einen kw-Vermerk erhalten hat und die Stelle erst dann abgeschafft wird, wenn der derzeitige Inhaber die Stelle wechselt. Dies ist derzeit nicht absehbar. Auch die Stellen in der Verkehrsüberwachung werden erst dann wegfallen, wenn gewisse Vorausset-</p>	<p>Die von Herrn Frohmader gewünschte Gegenüberstellung wurde ihm übersandt.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger</p>

<p>zung, wie z. B. Parkplätze mit Schranken, geschaffen sind. Selbstverständlich kann Herr Frohmader eine Kostenaufstellung erhalten. Auch finden derzeit Überprüfungen hinsichtlich der Reduzierung der Überwachungszeiten von zehn auf fünf Minuten statt und hinsichtlich der Reduzierung von Doppel- zu Einzelstreifen. <u>BM</u> nimmt Stellung zu den Personalkosten und der Aufgabenkritik.</p>		
<p><u>Herr Wolfgang Winkler, Mozartstraße 61, 91052 Erlangen</u>, hält den Beschluss, die Stellen in der Verkehrsüberwachung zu kürzen, für nicht sinnvoll.</p>	<p><u>BM</u> nimmt Stellung zu den Personalkosten und der Aufgabenkritik.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch BM in der Bürgerversammlung.</p>
<p><u>Herr Dr. Jürgen Tendel, Altstadtforum, Zeppelinstraße 25, 91052 Erlangen</u>, bittet zu klären, warum der Schlossgarten bereits zehn bzw. fünf Minuten vor 20.00 Uhr geschlossen wird und nicht fünf Minuten nach 20.00 Uhr. <u>OBM</u> sagt eine Überprüfung zu.</p>	<p>Herrn Gärtner vom Liegenschaftsamt der Universität erläuterte, dass das Abschließen des Schlossgartens an eine Wach- und Schließgesellschaft vergeben ist. Er hat sich an den zuständigen Ansprechpartner gewandt und darum gebeten, den Schließvorgang erst um 20.00 Uhr zu beginnen.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.</p>
<p><u>Herr Dr. Jürgen Tendel, Altstadtforum, Zeppelinstraße 25, 91052 Erlangen</u>, möchte, dass Haushaltsmittel für die Durchführung eines Mediationsverfahrens zum ÖPNV am Martin-Luther-Platz bereitgestellt werden. <u>Herr Bruse</u> nimmt hierzu Stellung und erklärt, dass im Rahmen der nächsten AG „Nahverkehr“ das Thema „Mediationsverfahren“ mit Herrn Dr. Weißkopf (VGN) besprochen wird. Ref. VI bittet Herrn Dr. Tendel einen separaten Gesprächstermin an.</p>		<p>Die Beantwortung erfolgte durch das Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung in Form eines gemeinsamen Gesprächs.</p>
<p><u>Frau Johanna Stengel, Marquardsenstraße 23, 91054 Erlangen, Tel. 09134/995743</u>, beschwert sich darüber, dass im Rahmen der Umbaumaßnahme an der Ecke Luitpoldstraße/Loewenichstraße die Verkehrsinsel entfernt worden ist. Wenn keine Verkehrsinsel mehr installiert wird, sollen zumindest die Grünphasen für die Fußgänger um einige Zeit verlängert werden, da behinderte Menschen die Überquerung in der jetzi-</p>	<p><u>Herr Bruse</u> erklärt hierzu, dass die Grünphasen früher unterbrochen waren, weshalb die Verkehrsinseln notwendig waren. Im Zuge der Umgestaltung wurden die Ampelschaltungen so geändert, dass ein Überqueren an einem Stück möglich ist und Verkehrsinseln überflüssig sind. OBM fügt hinzu, dass sich Herr Bruse nochmals mit den Fachleuten bzgl. einer Grünphasenverlängerung der Fußgängerampel in Verbindung setzen soll.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch Herrn Bruse in der Bürgerversammlung.</p>

<p>gen Zeit nicht schaffen.</p>		
<p><u>Frau Johanna Stengel, Marquardsenstraße 23, 91054 Erlangen, Tel. 09134/995743</u>, fordert zum wiederholten Male eine Ampelanlage in der Felix-Klein-Straße. Sollte diese Lösung nicht finanziert werden, müssen andere Überlegungen angestellt werden, wie z. B. eine Verkehrsinsel.</p>	<p><u>OBM</u> erklärte, dass dieses Thema bereits ausführlich erörtert wurde. <u>Ref. III</u> nimmt hierzu kurz Stellung und teilte mit, dass eine Überprüfung des Straßenquerschnittes ergeben hat, dass die Breite für eine Verkehrsinsel nicht ausreicht. Frau Stengel wird angeboten, das Thema ein weiteres Mal mit ihr und den zuständigen Mitarbeitern zu erörtern.</p>	<p>Eine Kontaktaufnahme hat laut Herrn Lerche nicht mehr stattgefunden, aufgrund eines eindeutigen Beschlusses im UVPA.</p>
<p><u>Frau Monika Fischer, Eythstraße 8, 91058 Erlangen, Tel. 67538</u>, bittet darum, dass der Rad- und Fußweg in der Brucker Lache von der Lilienthalstraße bis zum Preußensteg (führt u. a. am Roncali-Stift vorbei) gerichtet wird. Dort befinden sich sehr große Schlaglöcher. Vor allem zur „nassen“ Jahreszeit ist es dort sehr schmutzig. Die Radfahrer spritzen sich gegenseitig voll. Der Franzosenweg hingegen ist in sehr gutem Zustand.</p>	<p>Für das Wegenetz im Staatsforst „Brucker Lache“ ist der Eigentümer der Freistaat Bayern, vertreten durch das Bay. Forstamt Erlangen, zuständig. Ein Teil der Wege ist von der Stadt Erlangen langfristig angemietet; deren Unterhalt wurde aufgrund einer bilateralen Vereinbarung vom Tiefbauamt in die Verantwortung der Abteilung Stadtgrün übergeben. Herr Buchholz vom EB 77 hat sich in seiner Funktion als Sachgebietsleiter und Stadtförster den beschriebenen Wegezug, der laufend (einmal jährlich) von den städtischen Forstwirten gepflegt wird, angesehen.</p> <p>Drei Viertel des Wegezuges (der nördliche Teil) gehören zum o.g. Mietwegenetz, für diesen Teil ist die Stadt und nicht das Forstamt zuständig.</p> <p>Die Begehung hat ergeben, dass die Beschreibung des Wegezustandes keineswegs die real vorliegende Situation trifft. Der Weg ist vielmehr in einem – bezogen auf die Waldumgebung und andere Forstwege – hervorragenden Zustand. Schlaglöcher im eigentlichen Wortsinn konnten kaum entdeckt werden, lediglich leichte baubedingte Unebenheiten. Die Problematik in einer Waldumgebung wie dieser besteht aber aus dem herbstlichen Laubfall und der sich daraus bildenden Matschschicht. Diese führt bei feuchten Witterungsverhältnissen zu den beschriebenen unerfreulichen Begleiterscheinungen, die aber leider als „waldtypisch“ bezeichnet werden müssen. Es muss an dieser Stelle klar ausgesprochen werden, dass es der Umgebung nicht angemessen und auch nicht finanzierbar wäre, hier im Wald die selben Wegestandards vorzuhalten wie beispielsweise im Schlossgarten oder anderen städtischen Grünanlagen.</p> <p>Trotzdem hat die Stadtförsterei im Laufe des Januars zusätzlich zu ihrem sommerlichen Pflageurnus einen weiteren Kehrdurchgang an den neuralgischen Streckenabschnitten durchgeführt, um eine gewisse Verbesserung herbeizuführen.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgte durch das Büro für aktive Bürgerinnen und Bürger.</p>

- III. Über <Amt 13-3/SGL> und <Amt 13/AL> an <Amt 13-2/Herrn Friedel> zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- IV. Per Mail an <Ref. OBM> z. K.
- V. Amt 13-3 z. V.
 - I. A.

Eckert

